Nummer 432

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Fesh, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil E. Konglowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang Sonnabend, 13. September 1924

Der militärische Aufmarsch der Linken.

Die militärischen Vorbereitungen und Maßnahmen der kommunistischen Partei konzentrieren sich jetzt in erster Linie in dem neugegründeten Roten Frontkämpferbunde. Er ist gegründet, nachdem das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit starker Agitation in die Erscheinung getreten war. Er will, wie der Name besagt, die linksradikalen Teile der Arbeiterschaft, die im Kriege gewesen sind, aber darüber hinaus auch jeden linksradikalen Arbeiter, der entschlossen ist, an kommenden Klassenkämpfen aktiv teilzunehmen, in seinen Reihen aufnehmen. Aus einem in der heutigen „Roten Fahne" enthaltenen Aufruf geht hervor, daß der Rote Frontkämpferbund bereit ist, in der Bekämpfung des Bürgertums mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gemeinsame Sache zu machen, wenn die jetzige Führung des Reichsbanners weniger „arbeiterfeindlich" wäre. Die Gefahren, die hier drohen, veranlassen uns, folgende Mitteilungen wiederzugeben, die uns von zuverlässiger Seite zugehen:

„Eine in Berlin abgehaltene K. P. D.-Versammlung beschäftigte sich unter anderem mit dem Roten Frontkämpferbund (R. F. B.). Der Hauptredner führte aus, daß der R. F. B. ganz im Dienste der K. P. D. stehe und zur Unterstützung der Revolutionierung Deutschlands eingesetzt werde. Der Bund hat starken Zuwachs durch den linksradikalen internationalen Bund der Kriegsopfer und -hinterbliebenen, für den bekannte Karl Liebt die Sympathie für den R. F. B. zum Ausdruck brachte. In nächster Zeit sollen große Propagandakundgebungen stattfinden, alsdann soll eine Generalversammlung der „Bezirks-Organisation Berlin des R. F. B.", wie die Entschließung das neue Gebilde nannte, über den Aufbau und die Organisation desselben beschließen. Im Schlußwort wurde noch mitgeteilt, daß der Bund bereits 98 000 Mitglieder zähle, daß aber noch viel Arbeit geleistet werden müsse, um die anderen Organisationen, besonders das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", zu zerfetzen und zu überflügeln. Außerdem schweben bereits Verhandlungen, um einen „Jungsturm" zu gründen.

Die Kampfzentrale der K. P. D. ist bemüht, den Roten Frontkämpfer-Bund legal zu machen. Diesbezügl. Eingaben sollen an die Regierungsstellen unterwegs sein. In kommunistischen Kreisen rechnet man jedoch mit Ablehnung und organisiert im Stillen weiter. Denn auf russischen Befehl sollen bis zur Wiedereröffnung des Parlaments die militärischen Organisationen fix und fertig dastehen, da dann der Augenblick gekommen wäre, tatkräftig zu werden. Unter der Parole: Ablehnung des Schutzzolls soll gemeinsam mit der S. P. D. versucht werden, den Reichstag zur Auflösung zu bringen. Mißlingt die Auflösung so soll der Kampf mit militärischen Mitteln einsetzen."

Wir haben diesen Mitteilungen und den Warnungen, die wir immer wieder, zuletzt im Leitartikel unseres gestrigen Abendblattes, ausgesprochen haben, nichts hinzuzufügen.

Abschluß der Abrüstungsdebatte in Genf.

Ueberweisung an einen Unterausschuß.

Genf, 13. September.

Die allgemeine Aussprache über die Resolution Herriot-Macdonald wurde heute mittag im dritten Ausschuß der Versammlung (Rüstungsfrage) abgeschlossen. Der Präsident des Ausschusses Dubanmänien, der heute Genf verläßt und den Vorsitz dann an Politis (Griechenland) abgeben wird, faßte das Ergebnis der Aussprache folgendermaßen zusammen:

Alle Redner hätten fast einstimmig den engen Zusammenhang zwischen den drei Fragen Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung anerkannt. Zur ersten Frage sei vor allem der Wunsch nach Zusammenarbeit mit dem ersten Ausschuß, der diese Frage in erster Linie zu beraten hat, geäußert worden. Zur zweiten Frage „Sicherheit" sei Uebereinstimmung über die Notwendigkeit wirtschaftlicher Sanktionen erreicht worden, während über die militärischen Sanktionen noch Meinungsverschiedenheiten beständen. Die Aufgabe des Unterausschusses, der jetzt in Einzelberatung eintreten wird, sei es, in dieser Frage zu einer Einigung zu kommen. Volle Einmütigkeit habe dagegen darüber geherrscht, daß der Völkerbundpakt die Grundlage für die Lösung der Sicherheitsfrage sein müsse. Ueber die dritte Frage „Abrüstung" seien verhältnismäßig wenig Vorschläge gemacht worden, weil man sich klar gewesen sei, daß die Abrüstung nur die Folge der Lösung der Schiedsgerichts- und der Sicherheitsfrage sein könne. Alle diese Gedankengänge müßten jetzt im Unterausschuß konkrete Formen annehmen.

Auf Vorschlag des holländischen Delegierten Loudon wurde darauf ein Unterausschuß mit folgender Zusammensetzung gewählt: Lord Parmoor (England), Paul Boncour (Frankreich), Schanzer (Italien), Branting (Schweden), Benesch (Tschechoslowakei), Villegas (Chile), Kalfoff (Bulgarien), Poulet (Belgien), Titulescu (Rumänien), Matsuda (Japan), Loage (Norwegen) und Strzygnski (Polen). Der Unterausschuß tritt heute nachmittag bereits zusammen.

Vor der Regierungsumbildung.

Die Rückkehr Stresemanns nach Berlin und die bevorstehende Kabinettsberatung geben dem „Vorwärts" Anlaß, die Regierungskrise für eröffnet zu erklären. Stresemann wird nachgesagt, er treibe persönliche und Parteipolitik, wenn er in der Frage der Kriegsschulderklärung und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund die öffentliche Meinung in einer bestimmten Richtung, nämlich der von ihm selbst empfohlenen, beeinflusse. Aber die Volkspartei treibe jetzt innere Erfüllungspolitik gemäß ihrem Vertrag mit den Deutschnationalen. Werde den Mächten die Kriegsschuldnote nicht notifiziert, so werden Stresemann und die anderen aus dem Kabinett ausscheiden, werde notifiziert, so falle der Reichskanzler Marx, dann müsse ein neues Kabinett gebildet werden, wobei die Deutsche Volkspartei nach ihrem Versprechen mit allen Mitteln auf Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen werde. Für die Sozialdemokratie würde aber der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung eine Kriegserklärung bedeuten. Auf dem Wege der Regierungskrise liege die Reichstagsauflösung. Es seien also Wahlen in Sicht, und die Wahlparole müsse heißen „Bürgerblock oder Sozialdemokratie".

Unseres Erachtens braucht der „Vorwärts" seine aufgeregten Erwägungen gar nicht mit Marx und Stresemann oder mit dem Streit u mdie Notifizierung der Regierungserklärung gegen die Lüge von der deutschen Schuld am Kriege oder mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zusammenzubringen. Das Problem einer bürgerlichen Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen war ja schon am 29. August, sofort nach Annahme des Londoner Abkommens im Reichstag, in aller Klarheit gestellt. Die Deutsche Volkspartei hat ihre rein programmatische Erklärung zugunsten einer solchen Regierung damals bereits vor der entscheidenden Abstimmung beschlossen und bekannt gegeben und das Zentrum hat ebenfalls durch den Abgeordneten von Guerard den Deutschnationalen erklären lassen, daß sie sich ihrer Einbeziehung in die Regierung grundsätzlich nicht entgegenstellen. Es war also seit dem 29. August ganz selbstverständlich, daß sofort nach einer kurzen Ruhepause die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung und die Einbeziehung der Deutschnationalen jetzt begonnen werden, und bei diesen selbstverständlichen Verhandlungen werden die Kriegsschuldfrage, die Notifizierung, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund doch nur einen Teil, wahrscheinlich nicht einmal den wichtigsten, bilden. Was bei den Verhandlungen herauskommen wird, vermag mit Sicherheit bis jetzt noch kein Mensch zu sagen. Wir glauben aber nicht, daß die an der Umbildung des Kabinetts interessierten Kreise so töricht sein werden, ihre Entscheidungen nur von den Fragen abhängig zu machen, die die Sozialdemokratie und in ihrem Gefolge der kleine, vom „Tageblatt" und der „Vossischen Zeitung" geführte Teil der Demokraten aufwerfen.

Dr. O.

Bayerische Volkspartei und Bürgerblock.

TU München, 13. September.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt über den Bürgerblock u. a., es sei klar, daß, wenn heute die Deutschnationalen tatsächlich in die Regierung eintreten würden, sie Wasser in ihren Wein gießen und Ansprüche zurückstellen müßten, die von so manchem von ihnen heute wie Selbstverständlichkeiten erhoben werden. Es könne sich niemals um die Aufrichtung einer deutschnationalen Alleinherrschaft, sondern lediglich um die Ausmünzung des demokratischen Prinzips nach der rechten Seite handeln. Es müsse zunächst von allen Seiten ein wirklich ernster Versuch gemacht werden, ein gemeinsames Regierungsprogramm, vor allem über die Führung der auswärtigen Politik, auf die Beine zu bringen. Man sollte meinen, daß schon das Gebot der politischen Klugheit jeden deutschen Politiker, der nicht von vornherein auf dem Standpunkt steht, daß eine Regierung ohne Sozialdemokratie eine schädliche Sache ist, davon abhalten müßte, schon den ehrlichen Versuch eines Zusammenkommens der sogenannten bürgerlichen Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft zurückzuweisen und mit allen möglichen und unmöglichen Versuchen zu hintertreiben.

Deutschnationale Kreisvereine gegen ihre Reichstagsfraktion.

Der Vorstand des deutschkonservativen Vereins für die Provinz Schlesien hat in einer einstimmigen Entschließung die zustimmende Haltung eines Teiles der Reichstagsfraktion aufs schärfste gemißbilligt und seine Unzufriedenheit mit der Haltung der Parteileitung zum Ausdruck gebracht.

Auch die Mitglieder des Kreisvereins Wilhelmshaven-Rüstringen der D. N. V. P. erklärten sich in einer Mitgliederversammlung mit der teilweisen Zustimmung der Fraktion durchaus nicht einverstanden. Sie vermissen eine starke Führung und wenden sich vor allem gegen die beiden Abgeordneten des Weser-Ems-Kreises Fürst Bismarck und Hartz, von denen sie erwarten, daß sie aus ihrer Zustimmung „die sich von selbst daraus ergebenden Konsequenzen ziehen werden."

Ernste Faszistenunruhen um Casalini.

EP Rom, 13. September.

Die Ermordung des faszistischen Abgeordneten Casalini hat in einigen Stadtteilen zu Tumulten und Ausschreitungen der Faszisten geführt, die aber bis jetzt noch nirgends ernste Folgen hatten. Auf Befehl der Regierung rasen die Behörden überall umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen. Auch die Vorstände der faszistischen Sektionen unterließen nichts, um die Erregung der Faszisten zu beschwichtigen. Der Direktor der Faszistenzeitung hat sich ebenfalls gegen jede Ausbeutung des Verbrechens und gegen die Ausführung von Repressalien erklärt. Die Kriegsteilnehmer veröffentlichen einen Aufruf zur Ruhe. In Rom versuchten Scharen von Faszisten, die Oppositionsblätter zu stürmen, die von starken Abteilungen Carabinieri und Truppen bewacht werden. Ein Umzug von Faszisten begnügte sich mit einer Sympathiekundgebung für Mussolini. Immerhin wurden die Vereinslokale der republikanischen Partei verwüstet.

Mailand, 12. September.

Starke Abteilungen Polizei und Militärradfahrer bewachten sofort nach der Tat das Gebäude des „Corriere della Sera", wo der ein faszistischer Demonstrationszug eine feindliche Kundgebung veranstaltete, doch konnten die Demonstranten nicht in das Gebäude eindringen. Einige Faszistengruppen nach Mailand wurden beim Direktor des Blattes mit dem Rate vorstellig, wegen der Erregung in Mailand solle der „Corriere della Sera" zur Vermeidung von Zwischenfällen nach einer anderen Stadt übersiedeln. Der Direktor der Zeitung, Albertino, lehnte jedoch eine Maßnahme ab, die als Unterwürfigkeit ausgelegt werden könnte. Er weigerte sich auch als Folge dieser Aufforderung und wegen der Demonstranten die Fahne halbmast zu setzen. Ein Polizist nahm schließlich die Fahne herunter, um weitere Zwischenfälle zu vermeiden. Der Stadtrat von Meiland veröffentlicht einen beruhigenden Aufruf. Von der Polizeidirektion wurde ein ganzes Infanterieregiment für den Ordnungsdienst in den verschiedenen Stadtteilen aufgestellt, um Unruhen zu verhindern.

Große Verwüstungen wurden von den Faszistenscharen in der Druckerei und der Administration der sozialistischen „Giustizia" angerichtet, wo alles über den Haufen geworfen und eine Maschine beschädigt wurde. Auch stürmten die Faszisten eine Freimaurerloge und verwüsteten den Versammlungssaal. Als am Abend ein Umzug der Faszisten in der Galeria erschien, machte sie der Sekretär auf den ausdrücklichen Wunsch des Ministerpräsidenten aufmerksam, die Ermordung Casalinis nicht auszubeuten und nur eine würdevolle und besonnene Trauerkundgebung zu veranstalten. Die Faszisten drohten mit erhobenen Stöcken gegen diese Mahnung zur Ruhe. Ein nächtlicher Sturmversuch auf den „Corriere della Sera" wurde durch Reiterei und Militärradfahrer verhindert. In einem äußeren Stadtviertel stürmten die Faszisten ein Vereinslokal. Alle Möbel wurden zertrümmert, die anwesenden Personen verprügelt. Es wurden auch einige Bomben beschlagnahmt. Es wurde auch ein Sturm auf die Arbeiterkammer versucht, doch konnte dieser rechtzeitig von der Polizei verhindert werden.

Der große französische Botschafterwechsel.

Paris, 13. September.

Wie „Matin" ankündigt, wird sich die Veränderung in den diplomatischen Posten, die in nächster Zeit vor sich gehen soll, auf die Posten von Berlin, London, Rom, Madrid, Brüssel und Konstantinopel beziehen. An Stelle Peretti della Rocca's, der, wie bereits gemeldet, Nachfolger Barrères in Rom werden soll, wird der Unterdirektor am Quai d'Orsay, Laroche, Ministerialdirektor am Quai d'Orsay werden.

Nach dem „Eclair" ist de Monzie, der Vorsitzende der Studienkommission für die Anerkennung Rußlands, für den Botschafterposten in Moskau in Aussicht genommen. Herriot selbst habe ihm diesen Posten vor einigen Wochen versprochen. Neuerdings sei aber hinter den Kulissen noch ein anderer Kandidat für diesen Posten aufgetaucht, nämlich Leon Blum.

„Echo de Paris" glaubt zu wissen, daß der Abgeordnete Henessy Kandidat für den Botschafterposten in Madrid sei, während der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Franklin Boulon den Wunsch habe, der erste französische Botschafter in Angora zu werden.

Das rumänische Kriegsministerium hat Befehl gegeben zur gesamten Mobilisierung der Jahrgänge von 1919, 1920 und 1921.

Eine Gefahr für die Technik.

Von

Geh. Justizrat, Präsident a. D. Dr. Guggenheimer.

Das Londoner Abkommen bringt in seiner Durchführung auch ernste Gefahren für die Entwicklung der deutschen Technik; zum mindesten, soweit letztere von öffentlichen Stellen gepflegt wurde und gepflegt werden mußte. Das Reichsverkehrsministerium selbst wird eine beschränktere Tätigkeit zu entfalten haben, es wird ihm lediglich die Ueberwachung der Tarife, der Sicherheit des Betriebes und ähnliches mehr nach Gründung der Reichsbahngesellschaft zur Aufgabe gestellt sein. Eine Aufgabe, die von höheren Beamten eine ganz geringe Zahl in Anspruch nehmen wird. Heute sind diesem Ministerium von technischen Abteilungen noch angegliedert jene für die Wasserstraßen in Verbindung mit der Reichselektrizitätswirtschaft, die Luftfahrt und das Kraftfahrwesen. Schon verlautet, — und es scheint, daß diese Gerüchte nicht der Grundlage entbehren — daß das Reichsfinanzministerium auf die Uebernahme von Tarif und Ueberwachung der Reichsbahn-Gesellschaft besonderen Wert legt, daß das Reichspostministerium sich des Kraft- und Luftfahrwesens, womöglich aber auch des Tarifes und der Betriebsüberwachung annehmen wolle, daß das Reichswirtschaftsministerium, das ja zweifellos ein wirtschaftliches Interesse an der Versorgung mit Elektrizität und den Wasserstraßen zu nehmen hat, die Aufgaben zugeteilt erhalten möchte, die in dieses Gebiet fallen; das Kraftfahrwesen und die Luftfahrt möchten nach anderer Ansicht aber auch dem Reichsministerium des Innern unterstellt werden, weil hier gewisse polizeiliche Fragen mitspielen. Bereits ist auf einem Gebiete, das technisches Können und technische Fortentwicklung zur Voraussetzung hat, trotz aller feinergeist gesponnenen Bedenken und Einwände, nämlich im Patentwesen das Reichsjustizministerium tätig und innerhalb des größten Landes Preußen unterliegt die früher dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten unterstehende Abteilung für Hochbau sogar dem Finanzministerium.

Es wird nicht zu widersprechen sein, daß sämtliche hier genannten Aufgaben neben allem, was Verwaltung und Rechtsprechung angeht, doch in allererster Linie zur Grundlage technisches Wissen, technisches Können und technische Fortentwicklung haben und neben dieser Voraussetzung alle anderen Gebieten angehörigen doch nur untergeordnete Bedeutung besitzen. Die Technik aber, ihre Lehren und ihr Fortschritt lassen sich nicht ressortmäßig auseinanderreißen. Sie greifen wie unlösbare Glieder von Sparte zu Sparte ineinander und die Trennung in Zuständigkeitsgrenzen, die Ausschaltung steter Berührung des Wissens und des Neuen eines Gebietes mit dem des anderen wirkt lähmend, vernichtend auf jeden einzelnen Zweig der Technik und somit auch auf das ganze.

Nur wer aus praktischen Erfahrungen die Ueberzeugung zu schöpfen vermochte, daß eine Isolierung der einzelnen Wissenszweige für die Fortentwicklung den schlimmsten Keim des Ersterbens in sich trägt, wer kennengelernt hat, wie allein befruchtend das Ineinanderarbeiten aller technischen Aufgaben sich gestaltet, wird ermessen können, was ein weiteres Auseinanderreißen zu bedeuten hat. Eine Zersplitterung, die eine oben geschilderte Kompetenzverteilung zur Folge hätte, würde gerade in heutiger Zeit, in der wir unsere Zuflucht zumeist zur Hochgestaltung technischen Wissens nehmen müssen, wenn die ungeheuren Lasten der Reparation noch eine einigermaßen erträgliche Gestaltung der Löhne zulassen sollen, — die letzte Hoffnung darauf vernichten, daß durch den Fortschritt der Technik Ersparnisse in Produktion und Verkehr gemacht werden können, die uns eine unerträgliche Einschränkung der Lebenshaltung hintanhalten. Es erscheint deshalb nicht angängig, daß je ein Ministerium ein Stück der Gesamtaufgabe der Technik in der öffentlichen Verwaltung zugeteilt erhalte.

Man wird gewiß außerordentlich vorsichtig sein müssen, wenn die Schaffung eines neuen weiteren Ministeriums verfügt werden sollte. Mangel an solchen hat ja das Deutsche Reich in der Tat nicht, Mangel höchstens dann, wenn bei Koalitionsbildungen jeder der sich zusammenschließenden Parteien die gebührende Anzahl hiervon zugebracht werden soll. Wenn hier aber schon eines der bisherigen Ministerien fortbesteht, so würde dessen Umgestaltung und Kompetenzerweiterung eine Mehrung dieser Stellen nicht bedeuten. Es erscheint sehr wohl denkbar, daß ein technisches Ministerium — gewiß bei der heutigen Bedeutung der Technik keine unberechtigte Erscheinung — an Stelle des untergehenden oder fast untergehenden Verkehrsministeriums entstünde und in sich die ganzen technischen Aufgaben zu vereinigen bestimmt würde. Seine Zuständigkeit vermöchte den Rest der Aufgaben des Verkehrsministeriums, könnte die Elektrizitätswirtschaft, die von den Wasserkräften abhängt, die Wasserstraßen, das Kraftfahrwesen, die Luftfahrt, das Patentamt, die physikalisch-technische Reichsanstalt und einschließlich der Abteilung für Maße und Gewichte, ja auch das allgemeine Bauwesen, soweit es in den Aufgabenkreis des Reiches gehört, umfassen und so an einer Stelle all das einer Leitung zuführen, was in erster, wenn nicht fast ausschließlicher Bedeutung dem Gebiete der Technik innerhalb der öffentlichen Verwaltung angehört. Es wäre ja auch nicht gerade ein Uebelstand, wenn wieder ein Ministerium entstünde, dessen Leitung eine gewisse Sachkenntnis voraussehen würde und nicht allein nach politischer Parteizugehörigkeit zu vergeben wäre. In ihm könnten ungehindert von allen Einflüssen außenstehender Elemente all